

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Juni 1920

Einzelgenpreis: Berichts-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltenen Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamengenen 60 Pf., die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 69

### Bekanntmachung

Die Generalversammlung in Nürnberg beschloß eine Beitragsserhöhung und Veränderungen der Sätzen und der Bezugsdauer in den einzelnen Unterstützungszweigen sowie erhöhte Unterstützungssätze, die wir hiermit zur Kenntnis der Mitglieder bringen.

#### Beitragsserhöhung

Vom 27. Juni an (erstmalig für die Woche vom 27. Juni bis 3. Juli) beträgt der wöchentliche Beitrag 3,50 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,50 und für wieder in Beschäftigung getretene Invaliden 2,90 Mk.

In Unterstützungen werden vom 27. Juni (ebenfalls für die Woche vom 27. Juni bis 3. Juli) gewährt:

#### Reiseunterstützung

Nach 13 Beiträgen 2 Mk. auf die Dauer von 180 Tagen  
" 75 " 3 " " " " 180 "

#### Ortsunterstützung

unter Übernahme der Gauzuschüsse auf die Verbandskasse nach 52 Beiträgen 2,00 Mk. bis zu 10 Wochen = 70 Tage  
" 150 " 2,50 " " " 20 " = 140 "  
" 500 " 3,00 " " " 30 " = 210 "  
" 750 " 3,00 " " " 40 " = 280 "

#### Gemahregeltenunterstützung

(§ 21) für Mitglieder, die in der Ortsunterstützung noch nicht bezugsberechtigt sind, 6 Mk. pro Tag, für bezugsberechtigte Mitglieder 8 Mk. pro Tag auf die Dauer von 70 Tagen.

#### Umzugsunterstützung

Bei Umzügen von einem Arbeitsort zum andern und einer Entfernung von mindestens 10 Kilometern: nach mindestens 52 bis 99 Wochenbeiträgen eine der Beitragszahl entsprechende Beihilfe, nach 100 bis 199 Wochenbeiträgen 30 Mk., " 200 " 299 " 45 " " 300 " 499 " 60 " " 500 und mehr " 75 "

Bei einer größeren Entfernung als 10 Kilometer werden außerdem für jedes weitere Kilometer 10 Pf. mehr und bei je 50 über 100 Wochenbeiträgen für jedes weitere Kilometer 2 Pf. mehr gewährt; auch werden für die zur Zahlung des Fahrgeldes verpflichteten Familienmitglieder pro Person und Kilometer 2 Pf. extra vergütet, jedoch darf der Gesamtbetrag 200 Mk. nicht übersteigen.

Erneute Umzugsbeihilfe kann erst gewährt werden nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen, und zwar in halber Höhe der im § 23 festgesetzten Sätze. Die volle Umzugsbeihilfe, wie sie in dem bezeichneten Paragraphen vorgesehen ist, kann erst wieder nach Leistung von 104 Beiträgen gewährt werden.

#### Krankenunterstützung

Nach 26 Beitr. 2,00 Mk. pro Tag auf die Dauer von 13 Wochen  
" 52 " 2,00 " " " " " 26 "  
" 250 " 2,50 " " " " " 52 "

#### Invalidenunterstützung

Nach Zurücklegung der festgesetzten Sätze, die nicht verändert sind 1,50 Mk. pro Tag  
" 750 Beiträgen über die Anhangskarenz " 1,75 " "  
" 1000 Beiträgen über die Anhangskarenz " 2,00 " "

#### Begräbnisgeld

Nach 52—100 Beiträgen	75 Mk.
" 101—250 "	150 "
" 251—500 "	225 "
" 501—750 "	300 "
" 751—1000 "	350 "
" 1001—1250 "	400 "
" 1251—1500 "	450 "
" 1501 und mehr "	500 "

Weiter beschloß die Generalversammlung, daß die Gewährung von Reiseunterstützung am Ort eingestellter Mitglieder, die 52—74 Beiträge geleistet haben, treten nunmehr in den Genuss der ihnen zugesandenen Ortsunterstützung. Eine Anrechnung der bisher gewährten Reiseunterstützung am Orte findet nicht statt, da diese Unterstützung als Ortsunterstützung betrachtet wird.

Gewährung von Extrazugwendungen an ausgesessene Arbeitslose aus der Verbandskasse wird spätestens am 25. September eingestell.

Invaliden, die durch anderweitige Beschäftigung mindestens zwei Drittel des britischen Minimums verdienen, sind verpflichtet, von dieser Beschäftigung dem zuständigen britischen Funktionär Kenntnis zu geben.

Die neuen Satzungen des Verbandes und die Verbandsbeschlüsse werden baldmöglichst zur Ausgabe gelangen.

Nürnberg, den 24. Juni 1920.

Der Verbandsvorstand

### Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Nürnberg

Neunter Verhandlungstag (22. Juni) Vormittagsitzung

Die Beratungen über den Punkt III (Tariffrage) werden noch weiter geführt. Unter Ablehnung weitergehender Anträge wird schließlich zumutend folgende programmatische Entschlüsse gegen eine kleine Minderheit angenommen:

Die X. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hält grundsätzlich an der zentralen Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen fest. Sie erblickt in einem organischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer sozialen Gemeinwirtschaft eine ernste Zukunftsaufgabe als zweidmältigste Förderung der idealen und wirtschaftlichen Interessen aller Angehörigen des Gewerbes.

Die Generalversammlung erwartet daher, daß der unächst notwendige Um- und Ausbau der Tarifgemeinschaft in einer den neuzeitlichen Verhältnissen und den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechenden Weise vorgenommen wird und stellt hierzu folgende Richtlinien auf:

1. möglichste Vereinfachung in der Organisation und in den tariflichen Festsetzungen;
2. Festsetzung des Mitbestimmungsrechts der gesamten Tarifkontrahenten bei den ordentlichen Tarifabschlüssen durch Einfügung der Abstimmung über das in den Verhandlungen festgelegte Resultat;
3. die Aufnahme verbesserter Schutzbestimmungen für die Vertrauensmänner der Gehilfen sowie Aufnahme der Betriebsratsbestimmungen in verbesserter Form in den Tarif;
4. Anpassung der Grundlöhne an die bestehenden Verhältnisse;

5. Umgestaltung der Lokalausschlagsbestimmungen durch Verringerung der Klasseneinteilung und Aufhebung verschiedener weiteren und höheren Festsetzungen entgegenstehender Beschlüsse;
6. Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden und an den Vorabenden von Feiertagen; ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
7. Festlegung der Tarifdauer auf höchstens zwei Jahre. Die Regelung der Steuerzulagen hat wie bisher in den gegebenen Lebensverhältnissen entsprechenden kurzen Zeitabschnitten zu erfolgen.

Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, behufs Ermöglichung der Durchführung dieser Grundsätze, beim Tarifamt die Kündigung des Tarifs gemäß § 97 des Tarifs einzureichen und gleichzeitig die rechtzeitige Einberufung des Tarifausschusses zur Einleitung von Verhandlungen zu beantragen.

Die Generalversammlung beschließt weiter, daß sämtliche bis spätestens 15. August beim Verbandsvorstand einzureichenden Gehilfenanträge durch eine Kommission der Durchsicht und Auslese zu unterziehen und dann einer Gauwerkertkonferenz in Vorlage zu bringen sind. Diese Konferenz entscheidet endgültig über die namens der Gehilfenschaft zur Tarifberatung zu stellenden Anträge.

Die Generalversammlung macht es allen Mitgliedern und Verbandsinstanzen zur Pflicht, die von der ordnungsgemäßen Vertretung der Gehilfenschaft eingegangenen Verpflichtungen und Abmachungen zu beachten und danach zu handeln. Lokale wilde Bewegungen sind unzulässig, sie schädigen die Allgemeinheit und führen zur Gefährdung der Vertragsmöglichkeit.

Die Generalversammlung nimmt weiter Kenntnis von den zur Tarifberatung bereits bekanntgegebenen Anträgen der Prinzipale. Sie erklärt sich bereit, dem Abschluß des Tarifs von Organisation zu Organisation näherzutreten, fest dabei aber voraus, daß Sonderorganisationen, wie z. B. die durch die Prinzipalität ge-

schaffene sogenannte Abwehrorganisation, beibehalten werden und der Tarif und dessen ganze Bestimmungen in Wirklichkeit auch den in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen begründeten und berechtigten Anforderungen entsprechen.

Weiter erklärt sich die Generalversammlung in Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse damit einverstanden, daß der Schaffung eines einheitlichen Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe nähergetreten wird. Erweist sich die Verwirklichung dieses Gedankens als möglich, so sind naturgemäß die schließlich entscheidenden Körperlichkeiten über die gemeinsam zu erledigenden Festlegungen abweichend von den hier festgesetzten Beschlüssen im Einvernehmen mit den dem graphischen Bund angeschlossenen andern Organisationen festzusetzen.

Es wird alsdann eine Tarifkommission eingeleitet, der die Vorarbeit zur Verwirklichung der in dieser Entschlüsse zum Ausdruck kommenden Aufgaben übertragen wird. Neben sechs Gauvorsitzern und zwei Vertretern des Verbandsvorstandes werden auch der Gehilfenvertreter des Tarifamts sowie die vier Vorsitzenden der Zentralkommissionen der Parteien in diese Kommission delegiert.

Damit ist nach umfassendster Aussprache dieser Punkt endlich erledigt.

#### Nachmittagsitzung

Runkler eröffnet Bericht der Plenarkommission. Die Vorschläge werden nach kurzer Debatte einstimmig angenommen.

Hierauf wird in die Beratung des VI. Punktes der Tagesordnung, „Stellungnahme zu den Anträgen, den „Korrespondent“ betreffend“, eingetreten. Eiler als Vertreter des Verbandsvorstandes gibt davon Kenntnis, daß der Verbandsvorstand mit dem Antrage 413 in Anbetracht der außerordentlich gestiegenen Papier- und Fortstellungskosten des „Korr.“ eine Erhöhung des Bezugspreises auf 1,50 Mk. vierteljährlich beantragt. Aus den Rechenschaftsberichten des Verbandsvorstandes sei zu ersehen, daß die Abrechnungen des „Korr.“ mit einem

kändig folgenden Defizit abgeschlossen haben. Bis in die letzten Jahre sei dies noch zu erfragen gewesen. Im Jahre 1919 hat aber das Defizit infolge Steigens der Papierpreise und der Herstellungskosten eine solche Höhe erreicht, daß für eine Milderung Sorge getragen werden müsse. Die Einführung des Obligatoriums, wie dies von verschiedenen Seiten gewünscht werde, würde eine Erhöhung der Auflage von 20000 Exemplare erfordern. Dadurch würde sich das Defizit noch erheblich steigern und eine wesentliche Beitragserhöhung erforderlich. Auch der Zusammenlegung von Abonnementen, um eine Verringerung der Auflage herbeizuführen, kann der Verbandsvorstand aus agitatorischen Gründen nicht zustimmen. Die Organik sollte hat an der weitesten Verdichtung des Verbandsorgans das größte Interesse. Ebenso sei es ganz entschieden zu verurteilen, wenn Mitgliederkreise dazu übergehen, ihr eigenes Organ zu konstatieren, wie dies a. B. in Leipzig der Fall sei. Der „Korr.“ sei das Sprachrohr aller Mitglieder, und es sei diesen gestattet, auch gewisse Missstellungen darin zum Ausdruck zu bringen. Es sei daher nicht richtig, durch andre Organe oder Publikationen diesen Recht der Meinungsäußerung zu missbrauchen. Zu einer Einschränkung des bisherigen dreimaligen Erscheitens auf ein zweimaliges, könnte der Vorstand ebenfalls nicht rufen, weil die Einsparnis keineswegs so groß wäre, um eine solche Maßnahme zu rechtfertigen, da zweifelsei Papierverbrauch und Sachkosten dadurch nicht geringer würden. Daher schlägt der Verbandsvorstand eine Erhöhung des bisher viel zu niedrigen Bezugspreises von nur 65 Pf. im Vierteljahr auf 1,50 Mk. vor. Die voraussetzliche Aufhebung der Gausaufrufe werde den Gauen die Abnahme dieser Mehrkosten wesentlich erleichtern. Die Untertarifpreise sollen gleichfalls erhöht werden, und zwar auf 50 Pf. für Einzelanleger, für den Rest auf 1,50 Mark für Neulieferungen. Die krankhafte Verlegung des „Korr.“ nach dem Sitze des Verbandsvorstandes hat sich als eine immer dringender werdende Notwendigkeit erwiesen. Die Verbindung zwischen Verbandsvorstand und Redaktion ist eine viel zu unkontrollierbare für beide Teile. Es müsse jedoch in Betracht gezogen werden, daß der Verlegung große Schwierigkeiten durch die Wohnungsverhältnisse entgegenstehen. Es kommen vier Familien neben den erforderlichen Redaktionsräumlichkeiten in Frage. Es sollte daher dem Verbandsvorstand der Zeitpunkt der Verlegung vorbehalten bleiben. Den Antrag von acht schließlich, wonach der „Korr.“ unter die Leitung des Verbandsvorstandes zu stellen sei, bittet der Vorstand ganz entschieden abzulehnen. An einer Zeit, wo sich gerade in Arbeiterkreisen eine äußerst starke Bewegung für die Freiheit der Presse, und namentlich für die Arbeiterpresse, bekundete, bedeute dieser Antrag für die betreffenden Mitgliedskassen eine geradezu reaktionäres Zeugnis. Auch diese Mitgliedskassen werden noch lernen müssen, eine andere Meinung als die ihres zu erfragen. Die übrigen Anträge überläßt die Verbandsvorstand dem Urteil der Generalversammlung.

**Kilger:** Wenn man die Arbeit der Redaktion einem Urteil unterbreiten will und sie dabei lediglich nach der Eile messen würde, so wäre ohne weiteres anzuerkennen, daß die Redaktion sehr viel gearbeitet hat. Mit dem weiteren Ziele der Arbeit des Kollegen Schaeffer könne auch die Opposition einverstanden sein. Es wolle aber nicht den „Bedauer“ spielen und alles abschreiben, was anzukritikeln wäre. Doch würde gesagt werden, daß der Stil, der besonders in den Artikeln des Kollegen Strahl zum Ausdruck komme, mit jenem feichten und verblühenden Stil Maximilian Barbens zu vergleichen sei, und deren Tendenz nicht selten mit dem Niveau der „Völkischen Wochenschrift“ auf eine Stufe zu stellen sei. Es kommen oft Wortverdrehungen und Entstellungen vor, die man nicht mehrmals lesen möchte, die man überhört, was damit gesagt sein soll. Auf die Politik des „Korr.“ wolle er überhaupt keine Worte verlieren, da die Generalversammlung nicht eingehen; dies habe in der Broschüre des Kollegen Bölscher eingehende Beleuchtung erfahren. Es soll nicht bestritten werden, daß es unter dem Arbeitslohn gewiß nicht leicht war, eine enttandene Arbeiterpolitik in der Presse zu realisieren; aber da wäre es als besser gewesen, der „Korr.“ hätte über die eine oder andre Frage überhaupt nichts geschrieben. Der „Korr.“ habe aber a. B. schon in einer Zeit gegen den Bolschewismus geschrieben, wo Kallaga Strahl noch gar keine richtige Vorstellung über dieselben hatte, weil alles, was damals unter der Leitung der in der deutschen Presse über den Bolschewismus veröffentlicht worden konnte und durfte, nur auf die Durchhaltepolitik abgestellt war. Der Pringalkstil gegenüber habe der „Korr.“ immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht die Führer die verbliebenen radikalsten Vorbeurteilungen stellen, sondern nur die Gehilfen, die Malen. Als Arbeiterführer müsse man aber den Mut haben, zu sagen, das was das fordern wir, ohne sich hinter die Massen zu verstecken. Dann erst sei man auch Führer und nicht der Geführte. In Leipzig habe Strahl in einer Verlesung einmal erst in letzter Stunde darauf hingewiesen, daß man das Wort „Mensch“ nicht so gebrauchen solle, wie es auch schon viele andere Wortgelehrten getan hätten. Wäre das von Strahl schon früher gesagt worden, in hätte die Mitglieder Mitgliedskassen nicht erst eine Kommission gewählt, die mit der Leipziger Regionalpolitik verhandeln sollte. Auch in der Frage der Distrikte des Profletariats habe der „Korr.“ eine sehr unzulässige Stellung eingenommen, obwohl in der Frage der Reichsorganisations. Es wurde die auf die Völkische Zeit der Verlesung durch die Mitglieder durch ein Komitee nicht erwählt, obwohl die auch die „Korr.“ Redaktion darüber klar sein mußte, daß das der Inhalt der die Verlesung in der Redaktion gar nicht erwählt. In der Frage des Generalliters war es nicht viel besser. Der

## Rechtzeitige Bezugserneuerung des „Korr.“

zum Quartalswechsel ist Verzugsrechnung für ausserliche Zustellung. Der Bezugspreis ist für das dritte Vierteljahr nochmals 65 Pfennige

**Standpunkt.** daß Generalstreik Generalaktion sei, bezerrlich selbst dann noch die Tendenz des „Korr.“, als der Generalstreik als die wirksamste Waffe der Arbeiterschicht zur Anwendung kommen müßte. Ein besonders starkes Stich war der Artikel eines Wittenburger Kollegen über eine Leipziger Gewerkschaftsversammlung. Diesem Kollegen, der die Ursachen der Vorherrschaft in der herstehenden Verlesung gar nicht erfaßt hat, und lediglich die Leipziger Kollegenhaft in den Augen der gesamten Kollegenhaft hervorhob, wurde sofort der „Korr.“ zur Verlesung gestellt, während ersterer Artikel Leipziger Kollegen nicht aufgenommen wurden. Dafür hatte man aber Raum für Artikel über eine Zwickauer Arbeiterpartei und für den „Schicksalskammer“. Es wird viel gesagt, die Haltung des „Korr.“ werde durch die jeweilige Festlegung der Politik durch die Verbandsgeneralversammlung bestimmt. Da wäre es aber doch dringend notwendig, daß wir uns diesmal über die zukünftige Politik auch in Diskussion mit dem „Korr.“ einander ausprechen würden. Denn diese Politik darf nicht durch den Charakter als Parteiperson gebunden werden, sie muß fortlaufend zur Diskussion stehen können; ebenso die Ideen der Opposition. Die gegenwärtigen Zustände haben sehr viel Ähnlichkeit mit jener Situation, wie sie einmal in einem Briefe Reichhüters an den Kollegen Schaeffer zum Ausdruck kam, indem er schrieb, daß er innerlich lurchbar selbe, weil er ganz anders denke, als er im „Korr.“ schreiben darf. Eine Verständigung mit dem Kollegen Schaeffer scheint viel leichter möglich. Ganz entchieden müßte daher dagegen protestiert werden, daß diesem die Meinungsfreiheit unterbunden werde, wie dies aus dem Bericht von der Gausvorleserkonferenz im Dezember 1919 hervorgeht.

**Schmidt (Berlin):** Der geistige Niederschlag einer Organisations ist das Verbandsorgan, in welchem Falle der „Korr.“. Er kann unter der Maske der Neutralität zu einer gewissen Meinungsbildung in einer bestimmten politischen Richtung ausarten. Die Schreiberstelle des „Korr.“ hat es verurteilt, daß die Opposition hier auf der Generalversammlung in den ersten Tagen angeschlossen wurde, wie von einem Arbeiterführer der erste Kolonnenführer. (Wahrhafter Widerspruch) Redner kritisiert verschiedene Diskussionsvorschläge und Redaktionswünsche, die darauf abgelehnt hätten, die betreffenden Kollegen herabzusetzen oder sich nicht zu bewegen. Solchem gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie sei im „Korr.“ eine sehr einseitige Tendenz zu verzeichnen gewesen. Die Artikel „Völkische und richtige Arbeitsweise“ hätten geradezu eine Umwälzung der Kollegen dargestellt. Die Redaktion dürfe sich nicht auf dem Standpunkt stellen, daß die eingesandten Artikel für die selbst geschrieben seien; sie werden an die Gesamtkollegenentscheidung gerichtet. Die Haltung des „Korr.“ in der Frage der Arbeitsgemeinschaften habe ebenfalls manches zu wünschen übrig gelassen; in der „Gewerkschaftslehre“ stehe auch zum Teil eine einseitige Stellungnahme oder Verleumdung heraus. Es jedoch sei auch die oft ausgetretene Herabsetzung eines beherrschenden Berufsstandes gegenüber den Bestrebungen der gesamten Arbeiterchaft. Die wortschwermöchtlichen Artikel des Kollegen Schaeffer sind anzuerkennen, sie verfahren ein gewisses Einsicht in die weltanschaulichen Zusammenhänge und helfen das Bewußtsein, daß auch im „Korr.“ trotz unvollkommener Schwächen und von der Redaktion aus in sozialistischer Weise gearbeitet werden kann.

**Watt:** Der Anwalt über die Schreiberstelle des „Korr.“ ist nicht so groß. Erprobung könne es sich den Antrag erwehren, der der Redaktion das Vertrauen der Kollegenhaft abbrechen soll, nicht in seinem eigenen Interesse zu liegen machen. Die kleinsten Anmerkungen, sowie die Redaktionen sind nicht auf zu halten. Mehrere Artikel über den Fall Bremen wären nicht so geredet, als die dabei angeordnete Madelkollpolitik der Redaktion. Es wird viel wiederholt, den Standpunkt der Redaktion in den Vordergrund zu stellen. Die Redaktion müge das nur aus dieser Kritik lernen und sich nicht für die Zukunft als Richtschnur dienen lassen.

**Dreher:** In der heutigen Zeit wird wohl überall innerlich der Arbeiterchaft schwarze Kritik geübt. Da wir es selbstverständlich, daß dies auch gegenüber dem geistigen Organ der Arbeiterchaft, gegenüber dem „Korr.“, geschehe. Auch gegenüber dem Zentralorgan der Unabhängigen Sozialdemokratie, der „Freiheit“, herrsche ja eine schwarze Kritik, die sich ebenfalls gegen den geistigen Kassen der „Freiheit“ richten und auf dessen Verbesserung hinwirken. Ein solches zeigt sich schon mehrfach gegen die Redaktion der Leipziger Wochenschrift; wobei gerade Kallaga Strahl in dankbarer Erinnerung zu erwähnen ist, daß er seine eigene Kritik der Leipziger Wochenschrift ja dankbar einblauen Augen brachte. Auch innerhalb der Opposition geben die Meinungen sehr weit auseinander, wie a. B. zwischen Ditta und Wrenth, zu den Ausführungen des Kollegen Kilger sei zu sagen, daß seine heutige Rede einen weltanschaulichen Unterschied gegenüber seinen früheren Reden zu dem gleichen Schema in Leipzig, Wittenburger und Berliner Zeitungen darstellte. Dies war es zunächst wichtig, in Leipzig oder nicht er seiner die Leipziger Artikel soll durchgereicht eine lurchbar lurchbar sein, wobei die Redaktion des „Korr.“ kein, ja, daß es nicht und vollständig angesehen werden. Die Arbeit des Kollegen Schaeffer auch von der Opposition sei in erster Linie aber

das hat den Kollegen Schaeffer doch nicht davon abgehalten, daß er zusammen mit Dreher in einer großen Leipziger Verlesung vor dem Kollegen Bölscher als „Sozialverräter“ beschimpft worden sei; es sind in seiner Verlesung außerdem noch viel schlimmere Ausdrücke in gleicher Richtung gefallen. Auf solchem Boden kann die Aufnahme des „Korr.“-Obligatoriums in Leipzig zu stande. Aber trotzdem lesen heute noch über 4000 Kollegen in Leipzig den „Korr.“ und bringen dafür noch ein besonderes materielles Opfer trotz des hohen Geldbezugs auf. Soweit nun die allgemeine Arbeiterpolitik in Frage kommt, kann man dem „Korr.“ nicht den Vorwurf machen, daß er grundsätzlich gegen diese verfahren habe. In der Frage der Arbeiterpolitik hat die Leipziger Wochenschrift in den Jahren 1914 und 1915 keinen andern Standpunkt eingenommen als der „Korr.“, Bölscher hat selbst einmal erklärt, daß der „Korr.“ weder nach rechts, noch nach links eine grundsätzliche Politik getrieben habe. Das selbe aber doch gerade, daß er die richtigen Wisse einzubringen bestrebt sei. Auch in einer Gausvorleserkonferenz im vorigen Jahre wurde das Programm des „Korr.“ von vielen Rednern anerkannt. Damit soll nicht gesagt sein, daß alles richtig war, was im „Korr.“ gefastand hat. Aber die Gegenstände sollten viel sachlicher als bisher ausgeführt werden. Es sollte in Zukunft in Leipzig nicht mehr vorkommen, daß die Kollegen der Redaktion und andre, die mit der Opposition nicht einverstanden sind, mit einem Subalterngehül beglückt werden, wenn sie das Wort ergreifen wollen. Der Artikel des Kollegen aus Wittenburg über die beweisliche Leipziger Verlesung war nur ein noch schlimmeres Beispiel einer Leipziger Verlesung, wie es von einem Kollegen aus der Prangung unter dem Eindruck jener bewässerlichen Organisations kaum anders wiedergegeben werden konnte. Es ist nur zu beklagen, daß noch viel schlimmere Verlesungen in Leipzig zu verzeichnen waren als diese, die Kollegen Wittenburg zu schildern in der Lage war. Wenn die oppositionellen Kollegen von Leipzig zu Hause in Zukunft ihren Standpunkt so sachlich verfahren werden, wie dies auf der letzten Generalversammlung mit wenig Ausnahmen geschehen ist, dann werden auch in Leipzig die Verhältnisse unter der Kollegenhaft viel mehr gegenüber der „Korr.“-Redaktion klar viel gebührender zu sein alle werden.

Strahl nimmt hierauf als erster Vertreter der Redaktion das Wort und bemerkt gleich, daß auch seine beiden Redaktionskollegen zu diesem oder jenem oder sprechen und sich mit dem weiteren Verlauf des „Korr.“-Debatte beschäftigen werden. Er werde dann das Schlusswort nehmen. Jetzt wolle er nur einiges in der Debatte vorzubringen verbleiben und sich mehr mit den größeren Gesichtspunkten befassen. Er könne bei dieser Gelegenheit nur behaupten, daß der großen Widerspruch zu den Punkten I und II infolge der Unklarheit nicht mehr zum Worte gekommen zu sein. Er hätte da viel Klärung hineinzubringen und viel widerlegen können; er sei es schämügend, daß er die Wirklichkeit paralytisch geworden. Man habe sich auch manchmal wundern müßten, welche Ausführungen hier der Generalversammlung zusammengefaßt wurden. Was die Opposition speziell anbelangt, so hätte er in schärfster Erinnerung ihr viel sagen können, was für sie und auch im allgemeinen zur Klärung weitgehend beigetragen haben würde. Aber da die Redaktion ja bestrebt ist der Woche bekannt zu sein, so der Kollegenhaft zu sprechen und damit auch zu den Delegierten. In diese es aber auch zu haben. Denn hätte Kollege Engelmeier an einem dieser Tage, als er sagte, es würde zu schnell vergessen, was der „Korr.“ an seinen Einwendungen bringt, wobei Engelmeier ebenfalls nicht nur einseitig die Kritik meinte, da wir früher schon (1914 in Köln) eine unzulässige Debatte über die Redaktion hatten, da es zu dem eigentlichen Punkte wie dem letzten kam, so stehen diesmal die Mängel der Redaktion wohl nicht ungenügend. Wenn Kollege Schmidt in der jögen Diskussion gefastand, es sei der Redaktion auszusprechen, daß hier die Opposition im ersten Tage angeschlossen wurde, wie etwa ein Arbeiterführer die Kolonnenführer zum ersten Male bestrafen, so könne er das nicht begreifen. Einmal habe Kollege Barbens zum dritten Tage gesagt, der „Korr.“ hätte Schuld, daß die Opposition einen so schlechten Stand habe. Aber der Kollege Wrenth (Leipzig) behauptete sich an dem gleichen Tage lebhaft darüber, daß die Delegierten ja wohlwissend seien über die Opposition, wofür der „Korr.“ durch seine Nichtbeachtung der Opposition gelolgt habe. Das sind doch große Widersprüche. Gebot hat Wrenth in diesem Falle recht. Die Redaktion hat nach geübter Maßhaltigkeit die Opposition ignoriert, im halben Jahr Organ, der seit dem 1. September 1919 erschienenen „Grasshücker Blatt“. Das würde die Redaktion auch weiter zu halten; sie könne also nicht auf dem schlechten Fuß der Opposition schuld sein. Schließlich sagen die Dinge so, wie es von der Leipziger Wochenschrift wurde, wie sehr man in diesem Artikel über nehmen, daß sich der „Korr.“ so wenig mit der Opposition im allgemeinen und ihrem Organ befaßt. Die Redaktion müße alle Notklame machen dafür, das tun wir aber nicht und können es gar nicht. Dem Kollegen Kilger habe der Redner Dreher schon auf entgegengekommen. Kilger ist vollständig in den Leipziger Verlesungen loszulassen der Argument über den „Korr.“ und übt eine so heftige Kritik, daß es allen Kollegen in Leipzig schon zum Maße herauskommt. Wie klein die Kollegen Kilger verfährt, hat dies auch hier wieder gefastand Behauptung der Unklarheit eines Sozialdemokraten bestrahlt, der in hundertmaliger Weise eine Unklarheit bestrahlen. Der Vorklärung dieses Punktes sei es in aller Klarheit und freudiger Zustimmung, daß Kilger die deutschen Arbeiterpolitik nur aus der Sicht der Arbeiterpolitik ansehen solle. Im übrigen könne er alle Redner zum Punkte „Korr.“ nur das Recht haben. Man behauptet in Verlesungen, auf den

renzen usw. so viel, was der „Korr.“ geschrieben hat und wie er es gesagt haben soll, was sich, wenn die Beweismittel erlangt werden, häufig ganz anders herausstellt. Es sind die letzten Jahrgänge des „Korr.“ hier zur Stelle, da könnte die Redaktion also dazu kommen, zu verlangen, aufgestellt die Behauptungen auch zu beweisen. Man soll nicht meistens bloß aus der Erinnerung etwas über den „Korr.“ behaupten, sondern konkret sagen, wie es im „Korr.“ enthalten ist. Redner will dem Kollegen Silber nicht darin folgen, die einzelnen Redakteure oder die Zeitschrift, die von diesem oder jenem stammen lassen, gegeneinander auszuspielen. Wenn Silber seinen Stil der Mängel wolle, so habe er mit Maximilian Harden als Vergleich recht ungeschickt operiert, denn Harden ist gerade als guter Stilist bekannt. Silber überkehrt ganz, warum der Allensburger Bezirksvorsteher Wislause in einem Artikel das Leipziger Veranlassungsleben aus eigener Anschauung zu unzulässig beurteilt. Zu einem späteren Zeitpunkt habe ein auswärtiger Spezialfunktor ebenfalls einen so schlechten Eindruck von der Leipziger Veranlassung genommen, daß er seinen Einblenden darüber im „Korr.“ ebenfalls Ausdruck geben wollte. Die Redaktion hat aber abgewinkt, und es ist auch unterblieben. Wenn Silber ihm vorgezogen habe, daß er im vergangenen März bei einem britischen Vorgehen der Leipziger Kollegen zu spät erst in einer Veranlassung den richtigen Weg an den Parlament gewiesen habe, so stimmt das nicht mit der Tatsache überein. Die Bewegung war schon Wochenlang im Gange, Bauvorstand und Geschäftsverwalter waren dagegen. Er selbst sei aber von der zweiten Dezemberwoche bis zur vorletzten Märzwoche 1919 schwer erkrankt gewesen, habe also gar keine Einwirkung gehabt, was Silber doch wissen könnte. Ein Leipziger Delegierter habe in damals in ungeschöner Weise in der Leipziger Volkszeitung ausgesprochen, Strahl wäre nun noch recht lange von den Leipziger Veranlassungen fortzuhalten. Seine Redaktionskollegen haben damals gegen eine solche Zeitschrift Verwahrung eingelegt im „Korr.“ In der ersten Versammlung, die er wieder besuchen konnte, habe er nicht mehr zum Worte kommen können, deshalb auch gegen den Geschäftsstil gesprochen. Nicht Tage später habe er dann in einer zweiten Veranlassung ausführlich zu der berüchtigten Sache gesprochen. Von dem, was Silber damals heillosen zu müssen, wolle er nur sagen, daß es ihm Ende 1917 nicht einfiel ein, über den Ansehensverlust ein schlechtes oder falsches Licht zu verbreiten. Tatsache ist, daß er plethorisch sein und Strahl durchaus geradezu geworden sei, zur Beurteilung des Volkswirtschaftlers selbst habe er jedoch durchaus ausführlicher aliiert. Auch bezüglich der Migration des Proletariats habe er den Verhandlungen von Stuttgart abgesehen. Bei dieser Gelegenheit wolle er auf einen Vorfall des Kollegen Böttcher zurückkommen, der sagte, die Zerschlagung der Arbeiterkassen sei gekommen, weil die Reichsregierungen den Boden des Erläuterungsprogramms verlassen haben; nein, indem die Reichsregierungen den Willen des Erläuterungsprogramms verletzen haben, dadurch ist die politische Arbeiterbewegung auseinandergeraten, was immer schlimmer wird und nur der Reaktion nützt. Was die dem „Korr.“ wiederum von oppositioneller Seite vorzuhaltende Kriegspolitik anbelangt, so müsse er ganz entschieden gegen den Vergleich mit dem Leipziger Neuesten Nachrichten, den Silber gemacht habe, protestieren. Die „N. N.“ und ein in wirtschaftlichen Hinsicht, daß der „Korr.“ es bei passender Gelegenheit von jeder beklümpelt hat. Wenn aber ein Vergleich angebracht ist, und wenn zunächst einmal Silbers Behauptung über die Kriegspolitik des „Korr.“ wahr wäre, dann könnte es nur bei der Leipziger Volkszeitung sein. Silber würde es so freudig nach einem wesentlichen Unterschied geben, denn der „Korr.“ hat bis zum Schluß des Krieges nicht eine einzige Kriegsangelegenheit gebracht, die „N. N.“ aber von Anfang bis Ende, und einmal hat sie sogar einen misgünstigen Vorkurs für eine Kriegsangelegenheit in redaktioneller Form gebracht. Um Zweifel zu erheben, daß Redner, mit dem Kollegen Böttcher werde er sich später in der Debatte noch speziell beschäftigen, die Behauptung aber, alle Zeitungen hätten die Kriegsangelegenheiten aufzunehmen müssen, sei falsch, sie brauchen nicht, deshalb hat man sie aufgenommen. Wer aber meinen lernen wollte, was die „N. N.“ in der ersten Kriegszeit, alle den Zeitpunkt, den der Kollege Böttcher in seiner Schilderung zur Grundidee seiner Äußerung gegen den „Korr.“ nimmt, in logischer Kriegsform gemacht habe, so könne das jeder Leipzig belohnende Kollege bei einer Besichtigung der Weissen Schloß im Hofsaal selber tun. Er habe hier nur eine kleine Sammlung und wolle nur eine Probe davon geben mit einer Ausnahme der „N. N.“ über die Durchdringung im Hinblick an einen sogenannten Vorkursartikel von Schälmann in „Sambacher Woche“. Damals, am 2. Februar 1918, schrieb die „N. N.“ hierzu: „Das schlafe Zurückzuführen des Bodensalles nach Erlaßten kann bedeutsame Wirkungen haben.“ Es kann die Entscheidung des Kriegsgerichtes erweisen; es kann die Gegner zum Ausschluß ermutigen. Prinzipiell ist Schälmann auch ein Mann, der die Weissen Schloß, nicht durch offenen, sondern durch heimlichen Sachverhalt nach Erlaßten im Hofsaal den Widerspruch zu erweisen, als ist Paulus auch am Ende mit seiner Schrift, und als behauptete es nur nach einer entzerrten Fassung, um eine vollständige auf die Mitte zu bringen. Insofern ist dies eine neue und alte, ob die Grundgedanken der deutschen Sozialdemokratie, auf die es sich bezieht, geeignet sind, eine solche tatsächliche Aufnahme über die politische und politische Lage Deutschlands zu beibringen. Die „N. N.“ sieht nicht den Sinn und Zweck der Arbeiterkassen; es hat die Überzeugung, daß die Arbeiterkassen ein Mittel sind, um die Arbeiter zum Frieden zu erziehen. Es richtet sich nicht die Redaktion des „Korr.“, sondern die

der „N. N.“ geschrieben! Damals hat jedoch Kollege Silber, der noch nicht im Kriegs war, nicht dagegen protestiert, auch die andere nicht. Gegen das, was aber im „Korr.“ enthalten, hat sich niemand an die Kollegen gewandt — nur einmal der Kollege Klotz gegen eine Einleitung —, obwohl nach wie im Lande waren. Es ist ja nicht richtig, wenn hier im Laufe der Verhandlungen oft gesagt worden ist, damals ist doch alles schon im Schilde gewesen. Das trifft nicht zu. Erst am 31. März 1917 wurde mit rund 2000 Mitgliedern der niedrige Stand erreicht. Da der Redaktion zugegangen zahlreichste Geldspende (neue Parteien) gepreßt voll sein auch erkennen, wie damals die Beurteilung über die sogenannte Kriegspolitik der Gewerkschaften aber das „Korr.“ eine ganz andere war, als es jetzt nach dem Krieg, nach der Revolution und nach dem Aufkommen einer Opposition in den Gewerkschaften wie auch in unsern Verbänden der Fall ist. Der „Korr.“ hat manche Einleitung aus dem Jahre gar nicht gebracht und noch im Herbst 1918 einen solchen Artikel zurückgewiesen. Dar einen Eindruck erreicht haben könnte, wie es Kollege Silber hier ausgetragen und zum Gegenstand seiner Kritik gemacht hat. Was er also in dieser Beziehung vorgebracht hat, ist nicht schicklich. Kollege Schmidt kann sich am wenigsten beschweren, daß nicht alle Meinungen im „Korr.“ zum Worte kommen. Von ihm als einem oppositionellen Kollegen sind gerade die meisten Artikel aufgenommen worden, und zwar ganz allein mit Übersetzungen, denn Schmidt vertritt seinen Standpunkt sachlich und unparteiisch. Doch auch er einmal mit einem Artikel zurückgewiesen worden ist, der sich dann schließlich überfällig machte, weil ganz andere, aktuellere Materialien an der Tagesordnung gewesen sind, was zutrifft. Auf die Artikel der Artikel der Artikel, „Geld und richtiger Wert haben“ werde er jetzt noch nicht eingehen, wenn er auch gegeben hätte, daß diese aber eines mit weniger starken Worten hätte gesagt werden können, wie es aus der letzten Nummer heraus zu sehen ist. Auch über andere monetäre Artikel kann noch im Verlaufe der Debatte gesprochen werden, wenn sich weiteres ereignet hat. Von einzelner Behandlung und von einer Marke der Neutralität können nicht gesprochen werden. Es besteht fast ausschließlich der Neutralität nach im Verbands. Es besteht sich aber nur auf Fragen der Kriegspolitik und der Kriegspolitik. Das der „Korr.“ Kriegsangelegenheiten ist, ist doch ganz klar und eine schon alle Tatsachen. Warum ergriff die entsprechende Stellung ist uns von selbst. Es ist anzumerken, daß der Kollege Klotz von Antrag Bremen 47 nicht vollständig vertritt. Über den Bremer Antrag hat der „Korr.“ aus demselben die nichtaufzunehmenden ersten Artikel von Gold gemacht, und der letzte war nur ein in demselben der Kriegsangelegenheiten, den wir schon in einer Nummer zuvor inhaltlich kurz behaupten hatten. Der ganze Bremer Antrag hat ungeschickliche und objektive Behandlung im „Korr.“ erhalten. Im allgemeinen ist zu lesen, daß der „Korr.“ Verhandlungen und Arbeiterpolitik direkt nach der Zeitungen der Generalversammlung gehalten hat und immer geschrieben hat, aber aber, wenn die Verhältnisse sich zwischen den Tagungen des Verbandes weiter entwickelten, im Sinne der gefassten Beschlüsse auf den Generalversammlungen. Die Generalversammlungen behielten aber für die Redaktionen wie für jedes Mitglied der gleiche Bindung, wie es im Vorjahr mit dem Parteitag beschlossen als letztverbindlich ist. Es ist es auch zwischen Würzburg 1918 und München 1919 getrieben; in Würzburg ist die Tagesordnungsdiskussion einstimmig angenommen worden. Die Redaktionen hat also den Willen der höchsten Instanz, der Generalversammlung, zu respektieren und kann er nicht nach dem Willen aber nach den Erwartungen der Opposition handeln. Wir könnten auch von Seiten der anderen Seite haben, wenn wir es nicht schreiben, was es ist. Was geht aber nicht. Moment allerdings die Opposition auf der Generalversammlung mit ihrem Standpunkt durch, dann müße sich die Redaktion nach diesen Beschlüssen richten oder nicht die Konsequenzen ziehen bei einer solchen Kurzhaltung. In der Diskussion ist auch der Begriff der Redaktion als verfehlter Standpunkt vorgebracht worden. Der sogenannte Zentralismus war aber nicht allein eine Sache aus der ersten Kriegszeit, sondern er ist auch nach der Revolution eine Notwendigkeit unter den Umständen. Die Redaktionen muß auch auf die verlässliche Geltung der Kollegen Rücksicht nehmen. Die schriftliche Beschlüsse sind in der Beziehung sehr empfindlich. Wenn eines kleinen Tages in einem eingeleiteten Artikel, der in der am nächsten erschienenen Nummer enthalten ist, neben anderen Beschlüssen auch ein solcher von einem Verbandsmitglied her, der die Redaktion eingegangen. Auch in nicht rein halbherziger Abänderung sind schriftliche Beschlüsse vorhanden, die auf ihren Standpunkt Rücksicht genommen wissen wollen, und das auch in brillanten Meinungen, wie wir aus Beschlüssen wissen. Die Böttcher und die ihm nachstehenden Kollegen des „Korr.“ schafften und schicklich wissen wollen, so geht es einfach nicht. Der Verband würde ungeschicklich sein. Dabei hat 1901 in einer Berliner Veranlassung ganz richtig betont, daß in den Gewerkschaften alles was einigt sein müsse, welcher Nation oder Partei irgend auch angehört; genau, wie es die Arbeiterbewegung gegenüber den Parteien tun. Wenn Böttcher aber Behauptung des „Korr.“ ist, wurde, so dürfte das nach keiner anderen, als es mit Richard Müller an der „Korr.“-Kriegspolitik“ geteilt gekommen ist. Die Verhältnisse hier die Redaktion liegen in dieser Beziehung in der Tat, wie nach hierauf; auch nach 1919 bei dem höchsten Urteil um die Karte der Parteimitgliedschaft. Damals hatten die Mitglieder vollständige Verhandlungsgewalt und ähnliche Gewaltverhältnisse. Jetzt aber kennt man dem ganzen Land noch die gleiche

Veränderung der Arbeiterkassen. Da könnte die Redaktion, die alles in voller Öffentlichkeit zu sagen habe und dadurch schlechter daran ist als jeder andere Funktionär, es niemand recht machen. Die widersprechenden Urteile über ein und denselben Artikel könne man hören. Er sei jetzt zehn Jahre Mitglied der und sieben Jahre überhaupt in der Redaktion. Was aber in diesem Zeitraum und auch früher gewesen, könne gar nicht verstanden werden mit den Schwierigkeiten für die Redaktionen seit Kriegsende. Was nun berücksichtigt werden. Der Prinzipialität gegenüber hat der „Korr.“ immer der Gehilfenstandpunkt eingeschoben vertreten. Das geht aus den vielen Beispielen mit der „Zukunft“ deutlich hervor. Kollege Engelhardt hat ja im vergangenen Jahr in einem Artikel anerkannt, daß die Redaktion der Prinzipialität mit großer Material über die Lage der Arbeiterkassen ist. Was davon der Stellungsberechtigt hat erst kürzlich ausgesprochen. Der „Korr.“ ist ein sehr rationales, aber sich verteidigendes Gebilde. Es sei auszumachen, daß Kollege Silber als Vorstandsvorsitzender schon den Antrag 418 um sehr schicklichen Mittelstand, den „Korr.“, unter die Bedenken der Zentrale zu stellen“, geschicklich gekennzeichnet hat. Der Antrag 418 von Würzburg sei, was man jetzt alles den Funktionen zu diesem sagt. Von Unterstützung der Arbeiterkassen im „Korr.“ könnte übrigens gar keine Rede sein. Alle Nachrichten sind zum Worte gekommen. Von Würzburg bis Nürnberg sind 237 Veranlassungenberichte und andere Korrespondenzen eingegangen, die fast alle zum Ausdruck gekommen sind; die ausgeschriebenen sind wohl immer erst eingelaufen, wenn eine Bewegung bereits als erledigt gelten mußte. Die Artikel stammen 1830 ein. 14 davon wurden abgelehnt hauptsächlich sind das Einleitungen von Schriftstücken und Korrespondenzen abgelehnt, auch ausgesprochenen Wiederholungen um mehr Raum zu ermöglichen für wichtigere Sachen. Im ganzen sind wohl nur etwas über 3000 der eingeleiteten Artikel abgelehnt worden. Das ist doch recht wenig. Die Aufnahme von Artikeln der Kollegen Schmidt, Klotz, Engelhardt, Böttcher (Berlin), Böttcher, Witzig (Wuppertal), Spielmann (Wuppertal), Wan (Wuppertal), Wuppertal (Wuppertal) und andre zeigt wohl, daß die Opposition nicht grundsätzlich ausgeschlossen gewesen ist aus dem „Korr.“. Die Redaktionsschwäche, die es dem Parteitag Halle u. d. R. (Antrag 133) und dem Kollegen Schmidt angehen haben, sind ja schon geworden wie nur möglich. Tatsache ist jedoch, daß die generelle Behauptung bezüglich der Redaktionschwäche aufreißt können, wenn die Redaktion den Willen der Artikelkriterien festhalten würde. Wie der Verbandsvorsitz, so ist auch eine Redaktions- oder Redaktionsaktion im „Korr.“ überflüssig. Der Verbandsvorsitz ist seit 1871 wirtschaftlich und Sachverstand. Er ist gar nicht zu bezweifeln, wie gerade von oppositioneller Seite, daß der der Oppositionsbewegung fast ja ungeliebt ist, seit die Verhandlungsbewegung selbst angegangen wird. Artikelkriterien ist sich immer bewußt. Ein Gewerkschaftsleiter kann gar nicht große grundsätzliche Fragen in der Form von „Korr.“-Artikel der „N. N.“ usw. bekommen. Jeder der „Korr.“-Artikel bringt Monate hindurch Artikelkriterien ganz auch, weil es nur eine drei Wochen erfordert. Manche, was unter Berücksichtigung der Artikelkriterien, wie Raum zu sparen, wird als Artikelkriterien angesehen; allerdings ist schon der Fehler gemacht worden, daß solche Artikel überzogen werden sind. Es sei zu beachten, daß auch der Verbandsvorsitz nicht von bestimmten Beschlüssen abgehen will. Vom Obligatorium kann jetzt gar keine Rede sein. Die vorerwähnte Abnormitätserhöhung auf 1,50 Mk. erfordert ihm etwas zu niedrig; man könnte wohl auf 2 Mk. herausgehen, da in diesem Jahre doch noch über 25000 Mk. Bedarf herauskommen werden. Das Obligatorium oppositionellen Kollegen ist während der Verhandlungen einmal dazu gekommen, die Aufhebung des Obligatoriums sollte nur ein Mitrauenverhältnis gegen die Redaktionen sein. In Leipzig aber ist man in weitestem Maße der Meinung, daß die Redaktionen noch nie ein solches Veranlassungsproblem erhalten hat ein durch das Leben auf einen Mann ist. Es ist fast gar kein Material anfangen bei einem Mann und Klotz. Der Antrag des „Korr.“ könnte nach diesen Umständen erfordern, wenn nicht über alles und jedes berichtet werden würde. In anderen Gewerkschaften kennt man das gar nicht, das hat uns über jede Veranlassung berichtet wird. Eine Reihe von Mitteleinstellungen kann sich wohl mehr Beschränkungen auflegen, auch Beschränkungen. Die Erhöhung der Mitarbeiterlöhne auf 50 Pf. die Seite für Arbeiter aus Buchdruckerkosten, auf 1,50 Mk. für reine Arbeitsleistungen ist nur zum Zweck dienen, Raum zu sparen; Gehälter können aus unserer Internationalen sowieso nicht gemacht werden. Die Erhöhung des „Korr.“ ist im Laufe der Verhandlungen schon oft gelehrt worden. Der Verbandsvorsitz ist nur selbst im Prinzip dafür, und sehr können uns nicht aus Prinzipialität dagegen kommen. Es ist richtig, die großen Beschränkungen der Arbeiterkassen und andere bedeutende Verbesserungen in der letzten Verhandlung haben die Veranlassung oder schnelle Verwirklichung nicht recht durchführbar. Die Hauptleistung der Dinge erfordert nicht ganzwilliges Verständnis. Das Veranlassungsproblem mit der Veranlassung aber ist gut. Wenn er darüber die Veranlassung als Organisationsauftrag fallen hätte, dann müße er sich gegen die Veranlassung wenden. (Mittelschritt von Vorstandsvorsitz) Im prinzipiellen Hinsicht ist aber ein Moment auch jetzt noch zu beachten: Leipzig ist die beweglichste und die wichtigste deutsche Zentrale. Berlin allerdings die Organisations-, das fastliche und die gewerkschaftliche Zentrale. Was hieraus für und gegen beide Städte bestimmtes Wirtschaften Leipzig haben wir nur fünf bis 10 Jahren in der Halle ist eine Zentrale, die kemmt ist, aber die Zentralität nicht zu werden. Es ist auch ein älteres Zer-

schlüssen Gebiete zweifellos gefördert. Dieser Zweck und der Entwicklung der Betriebsräte müssen die Verbandsvorfände auch innerhalb des Graphtischen Bundes praktischen Ausdruck verleihen. Redner empfiehlt die Annahme der vorliegenden Resolution:

Graaf spricht für die Ablehnung der Resolution. Er, weil ihre Annahme die Sache nicht fördert. Man möge bei Annahme der Satzungen wenigstens die Richtlinien des Düsseldorfener Antrags berücksichtigen auf Einbeziehung der Betriebsräte.

Obel: Der Wunsch des Vorredners sei bereits berücksichtigt in den Satzungen über die graphischen Kartelle, die der örtlichen Regelung überlieferte Angelegenheiten gemeinsam zu erledigen haben. Dazu gehörten selbstverständlich die Betriebsräte, weil nur durch diese eine Festsetzung und Zusammenfassung der Betriebsbedeutung resp. Vertrauensmänner möglich sei. Während die Opposition eine neue Organisation mit neuen Grundfragen fordere, habe der andre Teil der Delegierten auf dem Standpunkte, daß es vor allem notwendig ist, erst die bestehenden Organisationen zusammenzuführen, um eine Plattform zu schaffen für eine erziehbare Wirkksamkeit unter Heranziehung der Betriebsräte. In der Resolution komme hauptsächlich zum Ausdruck, daß die Generalversammlung den vom Verbandsvorstand unternommenen Schritt billigt, dergleichen auch den vorgelegten Satzungen. Nicht politische, sondern gewerkschaftliche Interessen sollen darin ihren Ausdruck finden. Die Betriebsräte oder können nur im engeren Zusammenhänge mit den Gewerkschaften wirken.

Schweinitz: Wenn keine Einheitslichkeit zu erzielen sei in den beiderseitigen Auffassungen, müsse eben die Mehrheit entscheiden. Anders würde die heutige Minderheit gegebenenfalls auch keine Entscheidung herbeiführen können. Wenn die Betriebsräte künftig in anderer Form einen Zusammenstoß finden sollten, dann würde sich auch im Graphtischen Bund eine Ausdrucksmöglichkeit dafür finden lassen. Das ganze Räteystem sei ein Problem, nichts Feststehendes. Deshalb sei auch eine bestimmte Festlegung unmöglich. Ob man sie den russischen Verhältnissen anzupassen haben werde, das käme für uns nicht in Frage. Dort sei es bei Ausbruch der Revolution an Gewerkschaften. In Deutschland aber sind die Gewerkschaften der Ausdruck der wirtschafts-geschichtlichen Entwicklung. Die Opposition lasse der andern Seite den guten Willen abstruken, den Industriereverband herbeizuführen zu wollen auf Grund des ihr vorgelegten. Abgegeben, daß das eine unklare Kampfesweise ist, ersäße dadurch jede Möglichkeit, allgemeindienliche praktische Zusammenarbeit in der vorliegenden Frage zu leisten.

Seib bemerkt zur Aufklärung zu dem Hinweis Meyers, im Leipziger Graphtischen Kartell seien auch der Fabrika- und der Transportarbeiterverband vertreten, daß es eine Unmöglichkeit sei, wenn nur einzelne Ortsgruppen und nicht die betreffenden Zentralorganisations den Graphtischen Bund angehören. Zweigstellen können ohne Zustimmung der Zentralverbände keine Zusicherungen geben oder Verbindlichkeiten bei Besetzungen eingeben. Im übrigen zeigt Seib an einem Beispiele, wie direkt gegenläufige Bestrebungen unter der Arbeitern der papierergewandenen und der papierverarbeitenden Industrien entstehen können. Die Zeit der Berufsverbände sei eben noch lange nicht vorbei.

Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung wurde nachfolgende Resolution Col gegen eine kleine Minderheit angenommen:

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erblickt in dem Zusammenhänge der graphischen Verbände zum Graphtischen Bunde den ersten Schritt zum engeren Zusammenarbeiten dieser Verbände und billigt die vom Verbandsvorstand in dieser Angelegenheit unternommenen Schritte. Die vereinbarten Satzungen des Graphtischen Bundes sowie der graphischen Kartelle werden anerkannt. Die Verbändersitzungen sind verpflichtet, nach diesen Satzungen zu arbeiten und an dem weiteren Ausbau der geschaffenen Einrichtungen mitzuwirken.

Die Generalversammlung erklärt ferner, daß ein engerer Zusammenhänge der im graphischen Gewerbe organisierten Arbeiterkraft zur wirksameren Vertretung ihrer Interessen eine Notwendigkeit ist.

Sie beauftragt den Verbandsvorstand, in Gemeinschaft mit den Verbänden der übrigen graphischen Gewerbe die zu einer gemeinsamen organisatorischen Zusammenfassung der graphischen Arbeiter notwendigen Vorbedingungen zu schaffen.

Der Rest der Vormittagsitzung wurde durch die Berichterstattung über die Beschlüsse der Ideellen Kommission ausgefüllt, über die in nächster Nummer im Zusammenhänge mit den Beschlüssen der materiellen Kommission berichtet werden wird.

**Wichtigkeiten:** Im Verichte der Nachmittagsitzung des ersten Verhandlungstages (Nr. 66 des „Korr.“) ist in der dritten Spalte die 22. Zeile in der Weise zu berichtigen, daß Kollege Kolke nicht gelagt habe „unter dem Schutze der Rüstweite“ sondern „infolge des Kapp-Putsches mit Hilfe Rüst wlg“ usw.

Im Verichte der Nachmittagsitzung des vierten Verhandlungstages in Nr. 67 des „Korr.“ ist zu berichtigen, daß Kollege Gladler (Berlin) nicht gelagt hat: „Der ganze Kampf der Arbeiter um das Betriebsrätegesetz usw.“, sondern: „Der ganze Kampf der Arbeiter um die Räte usw.“

### Correspondenzen

**Ohlau.** Am 28. Mai tagte hier eine Versammlung des Bezirks Ohlau-Mietheln-Strehla-Bahlen. Drei Kollegen wurden aufgenommen. Das diesjährige Johannisfest soll am 27. Juni gefeiert werden. Den wichtigsten Punkt, der eine ziemlich erregte Aussprache hervorrief, bildete der Antrag des Gases, die Verbandsträge um wöchentlich 1 Mk. zu erhöhen. Einstimmig wurde beschlossen, den Antrag abzulehnen. Man war der Meinung, daß erstens die Hoflage der Kleinrentler bei ihrem niedrigen Lohnlagen gegenüber denen der Großrentler eine schwerere ist und zweitens stehen infolge der wenigen Arbeitslosen in den Provinzstädten die erhöhten Beiträge fast ausschließlich den großrentner Arbeitslosen zu. Wie häufig der Kleinrentler abgepeist wird und wie beschneidet er sich fügen muß, beweisen die neuen Abrechnungsanlagen, zu denen jedam unter Annahme einer Resolution Stellung

genommen wurde. Mit Entfristung wurde Kenntnis von den minimalen Zugeländnissen der Privatpalsverlei genommen. Die Regelung der Ferien soll in allen Druckereien streng nach den tariflichen Grundlagen gefordert werden.

**Briefkasten**  
W. M. in Reuffstadt a. d. S.: 3,60 Mk. - W. M. in Kristiania: Gewünschtes nach München übermitteln; Näheres beifolgt.

**Verbandsnachrichten**  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II, Fernsprecher: Amt 249, Pr. 1191.

**Keupsterverwaltung.** In letzter Zeit hat der Buchdrucker Joseph Poligach, geboren am 4. März 1878 in Klauen, Hochschloß, polnische Nationalität, bei Kollegen und in Druckerzeilen wiederholt um Unterstutzung angeprochen und solche erhalten. Als Zuwanderer führt er, nur einen von der Betätigungsbüro in Koblenz ausgefertigten Selektivbrief bei sich, der ihn zur Bahnfahrt nach Mainz zwecks Besuchs seiner Familie und dauernden Niederlassung dajelbst berechtigt. Mehrere Legitimationspapiere, die ihn als Buchdrucker und Verbandsmitglied ausweisen, besitzt er nicht, weshalb seine Mitgliedschaft, falls es sich überhaupt um einen Buchdrucker handelt, bezweifelt werden muß. Mir erludete deshalb die verehrlichen Funktionäre, daß bei Post Abgerechnet nach seinem Mitgliedsbuche zu besagen und ihm jede Unterstutzung zu verweigern, wenn er ein solches nicht vorweisen kann. Seine Angabe, daß sich sein Aufenthaltsbuch in Berlin befindet, entspricht jedenfalls nicht den Tatsachen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hin, daß in letzter Zeit wiederholten Fremden verfußt wurde, an Hand aber möglichen Ausweispapiere Unterstutzung zu erlangen. Diese ist in allen Fällen zu versagen, wenn sich die Betreffenden nicht einwandfrei als Mitglieder gegenfelliger Vereine ausweisen können.

**Bezirk Frankfurt a. d. O.** Delegiertenwahl zum Gauflag. (Ergebnis) Als Delegierter wurde zum Gauflag Kollege Mar Hoffmann (Wansberg) a. B. mit 41 Stimmen.  
**Bezirk Potsdam.** Gauflagdelegiertenwahl. Abgegebene Stimmzettel 269, absolute Mehrheit 135. Es erzielten Stimmen die Kollegen: Hülfik (Potsdam) 237, Maßke (Potsdam) 207, Söhne (Lieberberg) 208, Renner (Dr. nienberg) 206, Liecke (Ludewitz) 191, Geil (Neubabelsberg) 183, Raabers ah (Treibitz) 153, Süßler (Potsdam) 151, Mühlke (Strauchberg) 139, Stähler (Potsdam) 112, Meyer (Neubabelsberg) 109, Meyer (Potsdam) 104, Lieke (Potsdam) 79. Fernstimmte waren 18 Stimmen. Es erzielten acht Kollegen sind somit gewählt, die beiden nächsten sind Stellvertreter.

**Bezirk Stella.** Delegiertenwahl zum Gauflag. Abgegebene Stimmzettel 313, davon ungültig 3; absolute Mehrheit 156. Es erzielten Stimmen die Kollegen: Reinke 290, Tuhl 272, Grublich 268, Junke 252, Paeske 251, Busen, 244, C. Range 243, Dötte 238, Behme 218, Robin 214, Gerth 212, W. Range 209, Dietrich 182, Priem 169, Schmidt 150; fernstimmte 15 Stimmen. Die ersten acht Kollegen sind gewählt, die nächsten vier gelten als Stellvertreter.

**Adressenveränderungen**  
Grenz. Vorsitzender: Alfred Sünker, Leonhardtstraße 4 II.

**Berlinungsstatender**  
Erfat. Maschinenmeisterversammlung Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr, im „Grohen Kursierk.“  
Keullingen. Bezirksversammlung (Bezirksverein „Machm“) Sonntag, den 27. Juni, vormittags 9 Uhr, in Keullingen, „Sur Werhalle“ (Kollege J. Veld).  
Stuttgart. Anherodendkloster-Maschinenmeister-Generalversammlung Dienstag, den 6. Juli, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, im „Sampflatter Hof“.

**Medams Gasthaus „Goldener Winkelhaken“**  
Leipzig, Friedrichstraße 9, Inhaber Albert Röhr  
Bringt allen hiesigen sowie durchreisenden Buchdruckern sein alles Verkehren lokal in Erinnerung. Gute Veranoachtung, Koch- und Parteiblätter liegen auf. Für Küche und Keller ist bei billigen Preisen bestens gesorgt. 1934  
Sachschaffungssohl Albert Röhr.

Junger, fleißiger  
**Schriftsetzer**  
Sucht für sofort oder später Stellung, am liebsten in Ostpreußen.  
Gefl. Angebote unter B. W. 649 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Auswanderer aus Polen  
(früher preussisches Goldgebiet)  
**Leichtiger Schriftsetzer**  
28 Jahre alt, verheiratet, stellt im Maschinen-, Werk- und Interimatsfache, sucht für bald oder später in Deutschland dauernde, angenehme Stellung. 1648  
Gefl. Offerten erbeten.  
Hans Krimmer, Sternweg (Hr. Staragard) in Hammerden, Steingartenstraße 11.

**Schriftsetzer**  
31 Jahre, in allen Scharten bewandert, sucht Stellung. Gefl. Offerten unter „Scher“ hauptpost. W. O. T. a. d. S. 630

Suche für meinen 23-jährigen Sohn  
Stellung als  
**Schriftsetzer oder**  
**Schweizerdegen**  
E. Bergmann, Sternberg a. L. Thür.

Jünger, fleißiger  
**Linotypsetzer**  
22 Jahre, sucht unter günstigen Bedingungen für 15. Juli oder später Stellung nach auswärts. Gefl. Angebote unter Nr. 647 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Linotypsetzer**  
(Vokal und Doppeldecker), 29 Jahre alt, unverheiratet, fleißig in Satz u. Maschinenmuss, 6 jährige Praxis, sucht sich zu verändern. Werde Angebote unter L. S. 638 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erb.

Jünger  
**Fachmann**  
Wetter, La. Maschinenführer und Schlichter, Topfplattenschneider, fester Korrekter, auch Stempelabrikation beherichtigend, kaufmännisch gebildet, sucht sofort oder später Stellung. Offerten an: Buchdrucker in Postler (Dresden). 621

Gleich wohlnt! Gleich wohlnt!  
Junger, fleißiger  
**Maschinenmeister**  
In allen vorankommenen Arbeiten ausgebildet und an lauberes Arbeiten gewöhnt. Kenntnisse an 16jähriger Rollenmaschine, vortraut mit Rund- und Flachstereotypie, sucht für sofort oder später Stellung, in der ihm zum weiteren Berufsvorbereiten Gelegenheit geboten ist. Gefl. Offerten unter Nr. 649 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Maschinenmeister** (altg. arbeitsfreudige und gewissenhafte Kraft, er Jahren in Rund- und Flachdruck sowie Stereotypie, m. Zweihandpresse u. Unterapparat „Intercal“ verfr., nicht Meris, Platten u. Maschinenführer, suchl Stellung als Rollations- od. Flachdruckmaschinenmtr. Off. m. Eintritt: u. Zubeh. u. J. B. 651 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

**Maschinenband**  
Friedensquell, Neuren & Müll, Duffelstraße, Graf-Adolf-Straße 112.

**Reparaturen, Montagen**  
an sämtl. Maschinen des groß. Gewerbes werden auf u. billig ausgeführt. Langjährige Erfahrungen, reelle Bedienung. R. Wenzel, Düsseldorf, Unterstr., Freientstraße 100. 1871

**Seherblusen**  
echt blaueh gelb gefärbt in Friedensquell  
110 120 130 cm lang  
112 115 120 Mk.  
**Arno Gold in Gera**  
(Reich)  
Fabrik für Berufskleidung.  
(Polstschikanon Leipzig Nr. 5338).

**Gauflagbriefe** auf Blättern 1 Mk., u. 1,25 Mk.; auf Karton 6,50 Mk. empfiehlt A. Siegel, München 8.

**Alle in Ihrer Druckerei**  
unbrauchbar gewordenen  
**Segwinkelhaken**  
repariert fachgemäß  
Elektromechanische Industrie, G. m. b. H., Münchener, Erdmüllergasse 1.

**Kaufmännische Organisation**  
der Buchdruckereien (Zuschreibung, Preisberechnung), Gesamtzitat, Geschäftsdrucker im Graph. Bezirk St. Georg, München 9, Stalumburgstraße 1. - Statistik 80 Pl.

Empfehle meine als vorzüglich anerkannten Rauchwaren, als:  
**Rauchtabak**, sehr lieblich, vom Guten der Welt, in 3 Größen: „Maras“, „Hansjanz“ 24,50 Mk., „Abent“ 24,50 Mk., „Lustige“ 24 Mk., pro Pfund; ferner:  
**Zigarren**, sehr gute Marken, in der Preislage von 50 Pf. 1 Mk., 1,10 Mk. und 1,20 bis 1,50 Mk. (Cheffero Sorten Qualitätsware!)  
**Zigarillos** (die Zigarre der Zukunft), rein liberellisch, zum Preis von 45 und 48 Mk., pro 100 Stück, jeder Raucher sollte eine Probe machen.  
**Zigarren** reiner, ungeschwehelter, Tabak (kein Gelsch), zu 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50 Stück (ohne Mündlichkeit) - Sämtliche Rauchwaren von 120 Mk. ab franko!  
Anerkennungsgeschehen aus allen Ecken Deutschlands. Ein Beweis überzeugend! Handum zu werden nicht abgegeben.

**Tabakverhand Donius**  
München, Schwandlstraße 63.

**Farbepfachteln**  
Verjenker, Durchschläge, Nagelheber, Punzen usw.  
Verlag d. B. V. d. D. B. GmbH  
Leipzig, Finkenstraße 8 III  
Postfachkonto 55450.  
Fernsprecher 12789

Eintragungsnummer bei den Vereinsämtern für Deutschland: Buchdruckerey an Postfachkonto Leipzig Nr. 61823

**Musikinstrumente** aller Art  
hervorragende Güte  
Max Dörfel, Klingenthal i. S. 11.  
Preisliste frei

Am 18. Juni entlieh nach langjährigem Leiden unser Kollege, der Gelehrte inwalide  
**Theodor Pankowski**  
im 65. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Das Personal der E. Ma  
W. & G. Deventhal, Berlin.

Am 19. Juni verstarb plötzlich infolge Herzschlages auf dem Nachhauwege von der Singelunde unser lieber Kollege, der Drucker  
**Karl Lowinsky**  
aus Berlin, 41 Jahre alt.  
Wir verlieren in dem so früh Dahingegangenen einen der besten Kollegen aus unserer Reihen. Wir werden ihm allseitig ein ehrendes Andenken bewahren.  
Bezirksverein Reuffstadt a. d. S.

Am 14. Juni verstarb unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter in der „Reiffenthalde“  
**Wilselm Masuhr**  
im 74. Lebensjahre.  
Sein Andenken wird stets in Ehren halten  
Das technische Personal der Firma Wilselm Masuhr, Berlin.